

Das Schulbudget – ungerecht verteilt oder einfach zu knapp?

Jakob Peckl

In den letzten Monaten und Jahren werden immer wieder Beschwerden beim Bildungsministerium laut, dass das Budget der Schulen nicht ausreiche, dass einige Schultypen viel mehr beziehen würden oder gar, dass das „BMBF“ (Bundesministerium für Bildung und Frauen) schlicht und ergreifend zu wenig für Schulen „übrig“ hätte. An allen Ecken und Enden wird in Österreich beim öffentlichen Dienst gespart, bei Bundesheer, Polizei und anderen Einrichtungen, so auch bei der Bildung. Nur wie ist die Verteilung des Schulbudgets in Österreich genau geregelt und wie fließen die Gelder?

Einteilung in drei Schulbereiche im „BMBF“

Um die Geldflüsse nachvollziehen zu können, muss man sich prinzipiell erst einmal den Aufbau des Schulwesens in Österreich anschauen. Am Beginn steht die Volksschule, die von der Gemeinde instand gehalten wird, somit kommt auch das Budget von der Gemeinde. Nach der Volksschule kommt entweder die Neue Mittelschule (vormals Hauptschule) oder das Gymnasium. Bei der Neuen Mittelschule handelt es sich um Landesschulen, deren Budget vom Land auf die jeweiligen Schulen aufgeteilt wird. Das Gymnasium ist eine sogenannte

Bundesschule, die direkt dem „BMBF“ untersteht und somit ihr Geld direkt vom Bund bezieht.

Davon losgelöst sind Fachschulen, die vom „BMLFUW“ (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft) unterhalten werden, diese haben meist von Haus aus ein höheres Budget, da sich dieses Ministerium nur um wenige Schulen kümmern muss.



Wie wird das Geld eigentlich berechnet?

Das Schulbudget wird auf die Schüleranzahl pro Kopf gerechnet. So bekommt die Schule für jeden Schüler eine gewisse Summe, dabei ist der Umrechnungswert für Oberstufenschüler höher als jener für die Unterstufe. Dies ist auch der Grund, warum eine

Oberstufenschule mehr für ihre Schüler bekommt als ein 8-jähriges Gymnasium für die Unterstufe.

In der NMS wird dieses Geld in Töpfe eingeteilt, aus denen der Direktor das Geld beziehen kann.

Wie geht nun die Schule mit dem Geld um?

Vor kurzem wurde in Österreich die Hauptschule mit drei Leistungsgruppen in die Neue Mittelschule umgewandelt. Auf die Frage, ob auch Geld, das eigentlich für Gymnasien vorgesehen sein sollte, in diese Schulen geflossen sei, antwortete die Direktorin des BG/BRG Stainach, OStR Mag. Dr. Ulrike Pieslinger, es sei bestimmt auch Geld von den Gymnasien bereits an seinem Ursprung, dem Bund, abgezweigt worden. Außerdem werde es von vornherein immer schwieriger mit dem

Budget, das der Staat den Schulen vorgibt, hauszuhalten. So müsse für innere Reparaturen das Haushaltsbudget der Schule herangezogen werden, für äußere Sorge die BIG (Bundesimmobiliengesellschaft). Bleibe nun in einem Jahr etwas vom Schulbudget übrig, so stehe dieses der Schule im nächsten Jahr wieder zur Verfügung. Direktorin Pieslinger erklärt: „Das Wichtigste ist es, nie in rote Zahlen zu kommen!“

Das Problem mit Weiterbildungen

Ein zusätzlicher Kostenfaktor für Schulen auf dem Land entsteht durch Weiterbildungsfahrten von Lehrern, da die Fortbildungsseminare meist in Graz, aber auch in anderen Bundesländern stattfinden. Dadurch entstehen Reisekosten, die aus dem Schulbudget bezahlt werden müssen. Für eine Schule in Graz etwa entfallen daher die Kosten der

Anreise meistens. Zudem wird den Lehrern oft vorgeworfen, sie seien nicht fortbildungswillig, doch die Wahrheit ist, solche Fahrten sind einfach belastend für das Schulbudget und nur schwierig zu meistern. Hier fordern viele Lehrer, dass unabhängig von Schulstandort zumindest die Kosten der Anreise durch den Staat beglichen werden sollten.

Ist die Verteilung nun wirklich ungerecht?

In diesem Fall ist es schwierig eine klare Antwort zu formulieren, nur ist die Verteilung des Budgets, wie wir sie heute vorfinden, noch lange nicht optimal. Denn das einzige Ziel, das wir alle verfolgen ist

die gute und umfangreiche Schul- und Ausbildung unserer Generation, der nächsten und aller folgenden Generationen.

Und dass das Budget insgesamt von Haus aus zu knapp sei, kann man nicht behaupten, da der Staat Millionen in

kampfunfähige Flugzeuge investiert, aber nicht in die gesunde und richtige Ausbildung seiner Kinder.